

// Im Blickpunkt

Fleischer untersucht in einem aktuellen Beitrag, welche aktien- und aufsichtsrechtlichen Sanktionen Vorstandsmitgliedern bei Kartellrechtsverstößen drohen. Er erörtert sowohl die organschaftliche Schadensersatzpflicht (§ 93 Abs. 2 AktG) als auch die Möglichkeiten einer Kündigung des Anstellungsvertrages (§ 626 Abs. 1 BGB) und eines Tätigkeitsverbots durch die Aufsichtsbehörden (§ 36 Abs. 1 KWG). Durch die jüngste Entscheidung des BGH zum Verjährungsanpassungsgesetz sind Zweifelsfragen zur Überleitung praxisrelevanter Verjährungsvorschriften erstmals höchstrichterlich beantwortet worden. Das Urteil ist sowohl Gegenstand des Entscheidungsreports von *Ziegenhagen* als auch des ausführlichen Besprechungsaufsatzes von *Stenzel*.

Dr. Martina Koster, Ressortleiterin Wirtschaftsrecht

**Entscheidungen****Ersatz der Anwaltskosten des abmahnenden Unternehmens**

Der u. a. für das Wettbewerbsrecht zuständige I. Zivilsenat des BGH hat am 8.5.2008 – I ZR 83/06 – entschieden, dass in der Regel im Zuge einer Abmahnung auch die Anwaltskosten des abmahnenden Unternehmens ersetzt werden müssen. Auszugehen sei von der tatsächlichen Organisation des abmahnenden Unternehmens. Ein Unternehmen mit eigener Rechtsabteilung sei nicht gehalten, die eigenen Juristen zur Überprüfung von Wettbewerbshandlungen der Mitbewerber einzusetzen und gegebenenfalls Abmahnungen auszusprechen. Die Verfolgung von Wettbewerbsverstößen gehöre nicht zu den originären Aufgaben eines gewerblichen Unternehmens.

(Quelle: PM BGH vom 8.5.2008)

BGH: Parteifähigkeit einer Vor-GmbH nach Aufgabe der Eintragungsabsicht

Mit Urteil vom 31.3.2008 – II ZR 308/06 – hat der II. Zivilsenat des BGH entschieden, dass nach Aufgabe der Eintragungsabsicht die Vor-GmbH als Abwicklungs- oder als Personengesellschaft parteifähig bleibt. Der nach der Klageerhebung mit dem Wandel in eine Abwicklungsgesellschaft oder eine Personengesellschaft verbundene Wechsel der organschaftlichen Vertretung führt weder zum Wegfall der Prozessfähigkeit noch zu einer Unterbrechung des Verfahrens, wenn die Gesellschaft durch einen Prozessbevollmächtigten vertreten wird.

Volltext des Urts.: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-1069-1 unter www.betriebs-berater.de

BGH: Anfechtungsklage – Beitritt eines GmbH-Gesellschafters in der Berufungsinstanz

Mit Beschluss vom 31.3.2008 – II ZB 4/07 – hat der BGH entschieden: Hat die Anfechtungs- und Nichtigkeitsklage eines GmbH-Gesellschafters in

erster Instanz Erfolg, kann ein anderer Gesellschafter selbst dann dem Rechtsstreit auf der Seite der Gesellschaft beitreten und Berufung einlegen, wenn die Gesellschaft auf Rechtsmittel verzichtet hat. Die Berufungsfrist beginnt für den GmbH-Gesellschafter, der im ersten Rechtszug nicht beigetreten ist, mit der Zustellung des Urteils an die Gesellschaft (Anschluss an Sen. Beschl. v. 8.11.2004 – II ZB 41/03 = BB 2005, 240 Ls.).

Volltext des Beschl.: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-1069-2 unter www.betriebs-berater.de

BGH: Ermächtigung des Insolvenzverwalters zur Forderungseinziehung

Mit Urteil vom 27.3.2008 – IX ZR 65/06 – hat der BGH entschieden, dass ein Insolvenzverwalter auch dann zur Einziehung einer sicherungshalber abgetretenen Forderung ermächtigt werden kann, wenn er das Einziehungsrecht zuvor aufgegeben hat.

Volltext des Urts.: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-1069-3 unter www.betriebs-berater.de

BGH: Behebung des Mangels der Unterschrift in Berufungsschriftsatz

Der BGH hat mit Beschluss vom 2.4.2008 – XII ZB 120/06 – entschieden: Der Mangel der Unterschrift in einem als Urschrift der Berufung gedachten Schriftsatz kann durch eine gleichzeitig eingereichte beglaubigte Abschrift dieses Schriftsatzes behoben werden, auf der der Beglaubigungsvermerk von dem Prozessbevollmächtigten handschriftlich vollzogen worden ist (im Anschluss an BGHZ 24, 179, 180).

Volltext des Beschl.: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-1069-4 unter www.betriebs-berater.de

OLG Frankfurt: Übernahme der Komplementärstellung in einer KG durch eine Ltd.

Mit Beschluss vom 24.4.2008 – 20 W 425/07 – hat das OLG Frankfurt entschieden: Die Übernahme der Komplementärstellung in einer nach

deutschem Recht gegründeten KG durch eine nach englischem Recht wirksam gegründete und registrierte Limited begründet keine nach § 14 HGB mit Zwangsgeld durchsetzbare rechtliche Verpflichtung zur Anmeldung und Eintragung dieser Limited nach §§ 13 d und e GmbHG zu dem deutschen Handelsregister des Sitzes der Limited & Co. KG.

Volltext des Beschl.: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-1069-5 unter www.betriebs-berater.de

OLG Frankfurt:**Konzernzwischenunternehmen als****herrschendes Unternehmen i. S. d. MitbestG**

Das OLG Frankfurt hat mit Beschluss vom 21.4.2008 – 20 W 342/07 – entschieden: Ein Konzernzwischenunternehmen gilt auch dann als herrschendes Unternehmen im Sinn von § 5 Abs. 3 MitbestG, wenn die ausländische Konzernleitung die anderen inländischen Konzernunternehmen nur über die kapitalmäßige Allein- bzw. Mehrheitsbeteiligung beherrscht, die Leitungsfunktion im Gesamtkonzern aber virtuellen Ebenen übertragen ist (Anschluss an OLG Stuttgart, ZIP 1995, 1004 ff., und OLG Düsseldorf, ZIP 2006, 2375 ff.).

Volltext des Beschl.: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-1069-6 unter www.betriebs-berater.de

OLG Frankfurt: Pflicht zur Bildung eines mitbestimmten Aufsichtsrats

Mit Beschluss vom 21.4.2008 – 20 W 8/07 – hat das OLG Frankfurt entschieden, dass für die Frage der Pflicht zur Bildung eines mitbestimmten Aufsichtsrates gemäß § 5 Abs. 3 MitbestG allein die Beherrschung des Konzerns durch Kapitalmehrheit maßgeblich ist, da aus ihr jederzeit auch Leitungsstrukturen folgen können (Fortführung von OLG Stuttgart, ZIP 1995, 1004 ff.; OLG Düsseldorf, ZIP 2006, 2375 ff.; Senatsbeschluss vom 21.4.2008 – 20 W 342/07, vgl. die Meldung oben).

Volltext des Beschl.: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-1069-7 unter www.betriebs-berater.de